

AFRIQUE-EUROPE-INTERACT

# KRIEG IN MALI

**WIE FRANKREICH SEINE VORMACHTSTELLUNG IN WESTAFRIKA VERTEIDIGT**

Während in hiesigen Debatten um die Militärintervention in Mali fast ausschließlich aus einer geostrategischen (Metropolen-)Perspektive argumentiert wird, bleiben die politischen Auseinandersetzungen innerhalb Malis beziehungsweise Westafrikas weitgehend unerwähnt. Dabei zielt die von Frankreich am 11. Januar 2013 begonnene Militärintervention nicht zuletzt darauf ab, Partei im innermalischen Konflikt zu ergreifen, um den demokratischen Aufbruch in Mali und eine basisdemokratische Selbstermächtigung in ganz Westafrika zu verhindern.<sup>1</sup>

**AUSGANGSSITUATION:****ERSTER LICHTBLICK TROTZ KRIEG**

Durch die von Frankreich am 11. Januar 2013 begonnene militärische Intervention in Mali sind die islamistischen Besatzer binnen weniger Wochen aus größeren Teilen des Nordens vertrieben worden, nicht zuletzt aus den drei zentralen Städten Gao, Timbuktu und Kidal. Grundsätzlich ist dieser Umstand eine in jedweder Hinsicht positive Botschaft – die Freude vieler Menschen im Norden Malis ist deshalb zu teilen, zumal es keinerlei Anlass zu geben scheint, deren Authentizität infrage zu stellen.

Und doch ist der französische Militäreinsatz nicht gutzuheißen: Zunächst, weil das in militärischen Interventionen enthaltene Eskalationsrisiko noch keineswegs gebannt ist, also die Gefahr eines die Zivilbevölkerung massiv in Mitleidenschaft ziehenden Guerilla-Kriegs seitens der Islamisten nach wie vor besteht. Sodann, weil Krieg häufig mit dramatischen Konsequenzen einhergeht, ob durch Traumatisierungen, Zerstörung lokaler Ökonomien oder Vergewaltigungen – alles Aspekte, auf die bereits der im November 2012 von der Globalisierungskritikerin und früheren Kulturministerin Malis Aminata D. Traoré initiierte Aufruf «Frauen in Mali, sagt NEIN zum Stellvertreterkrieg!» aufmerksam gemacht hat. Schließlich, weil Frankreich keineswegs aus humanitären Motiven gehandelt hat, ausschlaggebend waren vielmehr politische, ökonomische und militärische Interessen.

Es war daher auch keineswegs zufällig, dass Frankreich zusammen mit der westafrikanischen Wirtschaftsunion (ECOWAS) sowie Teilen der im März 2012 durch einen kurzzeitigen Putsch geschwächten politischen Elite Malis seit Beginn der Krise nicht das Geringste getan hat, um nach einer sogenannten «malischen Lösung» Ausschau zu halten – ganz gleich, ob diese mit zivilen Mitteln des Dialogs oder durch einen begrenzten, im Zeichen der Selbstverteidigung stehenden Einsatz der malischen Armee erfolgt wäre. Ganz

im Gegenteil: Durch diverse Embargo-Maßnahmen (mit Blick auf den sogenannten Putsch) sowie weitere Interventionen von außen wurde gezielt eine Situation scheinbarer Alternativlosigkeit kreiert, an deren Ende die irrwitzig anmutende Wahl zwischen einem angeblichen Ansturm der Islamisten auf Bamako oder einer Militärintervention unter französischem Kommando stand. Diese Pseudoalternative ist ausdrücklich zurückzuweisen, zumal die politischen, ökonomischen und militärischen Interessen nicht nur Frankreichs, sondern auch etlicher Regierungen in Westafrika all zu offensichtlich auf der Hand liegen.

**POLITISCHE, ÖKONOMISCHE UND MILITÄRISCHE INTERESSEN**

Geht es um die Interessen der beteiligten Akteure (insbesondere Frankreichs), werden in der hiesigen Debatte vor allem vier Aspekte hervorgehoben: Erstens die Sorge vor einem sogenannten Sahelistan, also einem Rückzugsgebiet für islamistische Dschihadisten. Dabei wird in vielen Texten explizit darauf hingewiesen, dass islamistische Gruppen in den letzten 30 Jahren immer wieder von westlichen und anderen Geheimdiensten gezielt aufgebaut wurden, ganz zu schweigen davon, dass es die neokolonialen Dominanz- und Ausbeutungsverhältnisse sind, die Islamisten überhaupt erst den Boden bereiten – ob durch erfolgreiche Agitation in der Bevölkerung oder die Nicht-Existenz staatlicher (Sicherheits-) Strukturen wie im Falle Malis. Zweitens werden immer wieder die handfesten ökonomischen Interessen betont, etwa das viel zitierte Uran oder andere Bodenschätze, aber auch sonstige Geschäftsfelder, in denen französische Firmen involviert sind. Beides wird drittens mit grundsätzlichen Überlegungen verknüpft, etwa von der Forschungsstelle Flucht

<sup>1</sup> Das hier vorliegende Standpunkte-Papier ist die um ca. rund ein Drittel gekürzte Version einer am 7. Februar 2013 von Afrique-Europe-Interact veröffentlichten Stellungnahme.

und Migration, auf deren Blog es am 14. Januar hieß, dass «Krieg in der Sahara jene Gewalt- und Ermöglichungsräume herstellen [soll], die für eine kapitalistische Durchdringung dieser Räume Voraussetzung sind. Sicherheit für den Uranabbau, die Solarkraftwerke und die Ölförderung in der Sahara gibt es nur durch Einhegung.» Viertens finden die auf das Allerengste hiermit verzahnten militärischen Interessen regelmäßig Erwähnung – passend dazu, dass im Moment vieles danach aussieht, als ob Frankreich versuchen würde, im Norden Malis eine dauerhafte Militärpräsenz zu erreichen.

Alle diese Überlegungen sind wichtig. Dennoch fällt auf, dass fast ausschließlich aus einer geostrategischen (Metropolen-)Perspektive argumentiert wird, während die politischen Auseinandersetzungen innerhalb Malis beziehungsweise Westafrikas unerwähnt bleiben. Genauer: Im März 2012 hat es in Mali eine Art improvisierten Militärputsch niedriger Ränge gegeben, in dessen Verlauf der langjährige Präsident Amadou Toumani Traoré (ATT) samt größerer Teile seiner korrupten Regierungsmannschaft abgesetzt wurden.

Seitens der Bevölkerung ist der Putsch und somit der dadurch angestoßene demokratische Aufbruch auf große Zustimmung gestoßen, und das aus mindestens drei Gründen: Erstens weil sich die malische Armee durch jahrelange Korruption in einem derart desolaten Zustand befunden hat, dass ihre einfachen Soldaten in den Kämpfen mit den unter anderem aus Libyen zurückgekehrten Tuareg-Rebellen buchstäblich verheizt wurden. Zweitens weil Mali trotz garantierter Meinungs- und Versammlungsfreiheit keineswegs jene Musterdemokratie gewesen ist, wie insbesondere im «Westen» immer wieder behauptet wird. Davon zeugen nicht nur hoffnungslos veraltete Wahlregister und eine Wahlbeteiligung von gerade mal 15 Prozent bei den letzten Wahlen, sondern auch die Tatsache, dass im Parlament Französisch gesprochen wird, obwohl maximal ein knappes Drittel der Bevölkerung überhaupt Französisch versteht. Drittens weil es in diesem Zusammenhang schon lange zu krassesten Formen von Korruption, Vetternwirtschaft und Misswirtschaft gekommen ist – mit katastrophalen Konsequenzen insbesondere für die völlig verarmte Mehrheit der Bevölkerung.<sup>2</sup>

Kurzum: Der Putsch ist keineswegs in eine Militärdiktatur eingemündet, wie selbst in linken Stellungnahmen mitunter zu lesen war. Die von ihm freigesetzte Dynamik massenhafter Partizipation von unten steht vielmehr im Kontext jener Massenproteste und Aufstände, die seit Ende 2010 nicht nur in Südeuropa oder der arabischen Welt, sondern auch in zahlreichen Ländern südlich der Sahara mehr oder weniger Hoffnung stiftende Veränderungsprozesse angestoßen haben. Eine Feststellung, an der auch der Umstand nichts ändert, dass die Ex-Putschisten im Dezember 2012 den von nahezu allen politischen Lagern in Mali ausdrücklich begrüßten Schritt unternommen haben, den Ex-Übergangsministerpräsidenten Cheick Modibo Diarra aus dem Amt zu drängen, nachdem bekannt geworden war, dass dieser sich massiv bereichert und zudem den Versuch unternommen hatte, Teile des Militärs unter seine persönliche Kontrolle zu bringen.

Indes: Die handfeste Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses in Mali war nicht nur der politischen Elite des Landes ein Dorn im Auge, sondern auch externen Akteuren: Zum einen zahlreichen westafrikanischen Regierungen, die Nachahmungseffekte befürchteten, zum anderen Frankreich, das die durchaus begründete Sorge umtrieb, hierdurch in seiner politischen und ökonomischen Vormachtstellung in Mali und somit der gesamten Region empfindlich

geschwächt zu werden. Entsprechend wurde der demokratische Aufbruch in Mali von Anfang an massiv torpediert – in aller Regel mit dem Argument, dass der Putsch eine demokratisch gewählte Regierung abgesetzt habe –, ohne jedoch mit einer Silbe auf die fundamentalen Mängel dieser Fassadendemokratie einzugehen oder den Sachverhalt zu kommentieren, dass ansonsten problemlos mit allerlei Diktaturen zusammengearbeitet wird.

Um die nach dem Putsch in Mali entstandene Situation im Sinne der alten Eliten und externen Akteure wieder unter Kontrolle zu bringen, wurde erstens direkt nach dem Putsch ein zweiwöchiges Totalembargo gegen Mali verhängt (mit dem unmittelbaren Effekt von Versorgungsengpässen für die ganz normale Bevölkerung); zweitens wurde die Entwicklungszusammenarbeit seitens der Industrieländer bis heute weitgehend gestoppt; drittens wurde Mali für einige Monate aus der Afrikanischen Union ausgeschlossen; viertens wurden legal gekaufte Waffen für die malische Armee in westafrikanischen Häfen festgesetzt und erst wieder freigegeben, nachdem die malische Übergangsregierung einer ausländischen Militärintervention offiziell zugestimmt hatte; fünftens wurde der ebenfalls zur alten Garde zählende Ex-Parlamentspräsident Diocounda Traoré mithilfe der ECOWAS zum Übergangspräsidenten ernannt (unter Androhung neuer Embargomaßnahmen); sechstens wurden die Tuareg-Rebellen der Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNL), die sich zu diesem Zeitpunkt bereits mit den Islamisten verbündet hatten, zumindest politisch durch Frankreich und Burkina Faso unterstützt und siebtens wurden kaum ernsthafte Versuche unternommen, die politischen Akteure in Mali darin zu stärken, eine genuin malische Lösung des Problems zu finden.

Die Konsequenzen dieser Politik waren derweil dramatisch: Zunächst ist auf diese Weise die wohl ohnehin chancenlose malische Armee in den Wochen nach dem Putsch zusätzlich geschwächt worden, sodass es für Tuareg-Rebellen und Islamisten ein Leichtes war, den Norden Malis endgültig zu erobern. Eine Feststellung, die vor allem auf die insbesondere von westlichen Medien gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung gemünzt ist, wonach die Putschisten für die militärische Niederlage maßgeblich verantwortlich seien – ohne allerdings die eben erwähnten Umstände in irgendeiner Form zu berücksichtigen, zu denen im Übrigen auch gehört, dass gleich zu Beginn der Kämpfe im Januar 2012 drei der vier im Norden Malis stationierten Kampfeinheiten der malischen Armee komplett zu den Tuareg-Rebellen übergelaufen sind (als Langzeitfolge davon, dass in früheren Friedensverhandlungen vereinbart worden war, dass sich die malische Armee im Norden Malis vor allem aus Tuareg zusammensetzen möge). Aber auch politisch und ökonomisch ist der demokratische Aufbruch durch die zahlreichen, insbesondere von außen kommenden Störmanöver massiv unter Druck geraten.

Spätestens vor diesem Hintergrund dürfte also verständlich werden, wie es am 11. Januar, einen Tag nach Beginn der französischen Militärintervention, in der französischen Tageszeitung *Le Monde* zu der eigenartigen Überschrift gekommen ist, wonach die Intervention die malische Regierung vor dem Zugriff der Putschisten schützen würde («Le pouvoir malien sauvé des putschistes par le militaire français»). Denn deutlich wird, dass die Intervention nicht zuletzt darauf abzielt, Partei im innermalischen Konflikt zu er-

<sup>2</sup> Siehe hierzu weitere Informationen unter [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net).

greifen, um eine basisdemokratische Selbstermächtigung in ganz Westafrika zu verhindern, die sich wiederum auch für Frankreich ungünstig auswirken würde. Nirgends ist dieses Ansinnen in den letzten Wochen deutlicher geworden als am Beispiel der *concertations nationales*, einer Art Vollversammlung aller gesellschaftlichen Gruppen in Mali, aus deren Mitte die Initiative zu faires, das heißt die Interessen der armen Bevölkerungsmehrheit wirklich berücksichtigenden Wahlen hervorgehen soll. Die Abhaltung dieser *concertations nationales* wurde seit dem Putsch von großen Teilen der malischen Zivilgesellschaft regelmäßig gefordert, allerdings haben Übergangspräsident und Regierung ihre Einberufung immer wieder sabotiert. Stattdessen wurde am 29. Januar ein kurzfristig eingebrachter Übergangsfahrplan – die «Feuille de Route» – hektisch vom Parlament verabschiedet. Und das, obwohl besagter Übergangsfahrplan eigentlich von den nunmehr endgültig ins Hintertreffen geratenen *concertations nationales* hätte verabschiedet werden sollen (nachdem er in den vergangenen Monaten von sämtlichen parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Kräften in konsensorientierter Ausschussarbeit formuliert worden war).

Das diesbezügliche Kalkül ist offensichtlich: Im Moment herrscht Kriegsstimmung, die Frage der Wahlen spielt gegenüber den Geschehnissen im Norden eine untergeordnete Rolle, da passt es bestens, das aus Sicht der immer noch angeschlagenen Elite potentiell gefährliche (weil basisdemokratische) Instrument der *concertations nationales* möglichst rasch zu entsorgen – zumal unter anderem die EU eine schrittweise Freigabe der eingefrorenen Gelder von einer diesbezüglich schnellen Entscheidung abhängig gemacht hat. Entsprechend ist es auch kaum verwunderlich, dass bereits seit Wochen in den malischen Mainstream-Medien eine regelrechte Hetze gegen sämtliche ProtagonistInnen der *concertations nationales* läuft (inklusive Gleichsetzungen mit den Islamisten aus dem Norden), so wie auch große Teile der malischen Armeeführung während der Intervention de facto kaltgestellt wurden und stattdessen sämtliche Abstimmungsprozesse vorrangig zwischen dem malischen Übergangspräsidenten, dem französischen Botschafter in Mali und dem französischen Generalstab erfolgt sind. Und weil die internationalen Finanzinstitutionen in solchen Situationen nicht fehlen dürfen, sollte genauso wenig aus dem Blick geraten, dass der IWF am Ende der zweiten Interventionswoche ebenfalls neue Kredite zur Stabilisierung der malischen Wirtschaft zugesagt hat, im Übrigen mit ähnlichen Erpressungsmanövern wie seitens der EU.

### **DER KONFLIKT ZWISCHEN TUAREG UND MALISCHEM ZENTRALSTAAT**

Der seit der Unabhängigkeit Malis im Jahr 1960 regelmäßig eskalierende Konflikt zwischen Tuareg im Norden und malischem Zentralstaat hat zwar zwischen März und Mai 2012 hierzulande intensive Beachtung gefunden, wurde dann jedoch von der Beschäftigung mit dem islamistischen Scharia-Regime weitgehend verdrängt. Fälschlicherweise, wie nicht nur die seit Beginn der Intervention viel diskutierten Übergriffe gegenüber Tuareg oder der arabischstämmigen Bevölkerung zeigen. Denn ohne den Aufstand der aus Libyen zurückgekehrten Tuareg-Söldner hätten die seit 2003 im Norden Malis fest verankerten Islamisten nie Richtung Süden vorrücken können. Hinzu kommt, dass sich eine der drei nunmehr in die Defensive geratenen islamistischen Gruppen – Ansar Dine – primär aus malischen Tuareg zusammensetzt. Ent-

sprechend war es kaum überraschend, dass viele (auch linke) Kommentare in Europa in dieser Hinsicht vergleichsweise schlecht informiert sind oder aber offensiv Partei für die Tuareg ergreifen und deren legitimes Recht auf Autonomie propagieren – nicht selten mit romantisierenden Untertönen, wonach die Tuareg «stolze», mitunter auch «angstfreie» Menschen seien, die seit der Kolonialzeit ihre «nomadische Freiheit» hartnäckig verteidigen würden.

Indes: Derlei ursprünglich von westlichen Forschungsreisenden und EthnologInnen in die Welt gesetzten Romantizismen taugen nichts, vor allem werden sie der hochgradig komplexen Konfliktgeschichte zwischen Tuareg und malischem Zentralstaat nicht gerecht, im Übrigen auch aus Sicht vieler Tuareg nicht. Zu berücksichtigen sind stattdessen mindestens fünf Sachverhalte: Erstens, dass die Tuareg gerade mal 32 Prozent der Bevölkerung des Nordens ausmachen, weshalb es eine Mogelpackung ist, von Selbstbestimmung oder Autonomie zu sprechen – zumal im Falle Malis historische und koloniale Grenzen im Wesentlichen übereinstimmen und bereits seit dem Malinke-Reich im 13. Jahrhundert ein multiethnisches beziehungsweise linguales Zusammenleben in dieser Region kulturell tief verankert ist. Zweitens, dass sich die MNLA keineswegs umfassender Zustimmung unter der Tuareg-Bevölkerung im Norden erfreut, vielmehr repräsentiert sie in erster Linie die Interessen einiger weniger Tuareg-Clans rund um Kidal. Drittens, dass es eigenartig ist, in einem Land wie Mali von Diskriminierung zu sprechen und dies mit bisweilen falschen Angaben zur Zahl von Krankenhäusern oder Schulen zu begründen. Vielmehr ist die breite Bevölkerung in dem gesamten Land extrem verarmt, in erster Linie durch neokoloniale Verhältnisse, aber auch durch massive Korruption seitens der politischen Eliten, die im Norden seit den 1990er Jahren just von jenen Tuareg-Führern maßgeblich gestellt werden, die zu den Trägern des jüngsten Aufstandes gehört haben. Viertens, dass die Tuareg mitnichten die einzigen nomadisierenden ViehalterInnen gewesen sind, die nach der Unabhängigkeit Einschränkungen zugunsten sesshafter Kleinbauern und Bäuerinnen erfahren haben. Genannt wird in diesem Zusammenhang immer wieder die zahlenmäßig ähnlich große Gruppe der Fulbe, auch bekannt als Fula oder Peul. Und fünftens, dass es insbesondere die beiden großen Dürreperioden in den Jahren 1968 bis 1973 und 1983 bis 1985 gewesen sind (und eben nicht Diskriminierung), durch die 80 Prozent der Herden zerstört und somit zahlreiche Tuareg in die Migration nach Algerien, Libyen oder in die Elfenbeinküste gezwungen wurden.

Mit anderen Worten: Anstatt die fatalen (vor allem von den Falken beider Seiten stammenden) Zuschreibungen in Europa zu reproduzieren, sollte es vielmehr um die komplette Konfliktgeschichte gehen, an deren Anfang vor allem zwei grundlegende Sachverhalte stehen: Einerseits die nationalstaatliche Zerstückelung des jahrhundertalten Siedlungs- und Wandergebiets der Tuareg (auf dem Gebiet des ehemaligen französischen Kolonialreichs) – inklusive zahlreicher Maßnahmen, die die nomadische Viehwirtschaft massiv erschwert haben. Andererseits der Umstand, dass schwarze Sklaven bei den oberen Tuareg-Kasten im Jahr 1960 noch völlig üblich waren (und das mit sozialstrukturellen Konsequenzen bis heute). Aus dieser hochgradig konflikthaften Ausgangssituation hat sich sodann seit 1963 ein jahrzehntelanger Dauerkonflikt nicht nur in Mali, sondern auch in vielen Nachbarländern entwickelt, der vor allem für die Zivilbevölkerung immer wieder äußerst grausam verlaufen ist.

Mit Blick auf die unmittelbare Gegenwart heißt das aber, dass sämtliche Facetten der jüngsten Konfliktodynamik gleichermaßen berücksichtigt werden sollten – der Einfachheit halber in chronologischer Reihenfolge: Erstens, dass die MNLA im Namen vieler (nie dazu befragter) Tuareg im Januar 2012 einen Bürgerkrieg begonnen und dabei das Bündnis mit islamistischen Gruppen gesucht hat, was in der Konsequenz ganz Mali buchstäblich an den Rand des Abgrunds manövriert hat. Zweitens, dass es in den ersten Monaten des Krieges zwischen MNLA und malischer Armee zu zahlreichen Hinrichtungen, Plünderungen und Vergewaltigungen gegenüber der Nicht-Tuareg-Bevölkerung gekommen ist, wobei bis heute die genaue Urheberschaft nicht geklärt ist. Drittens, dass seit Beginn der französischen Intervention unter anderem in Sévare, Mopti, Niono und Douentza mehrere Tuareg und arabischstämmige Menschen ermordet wurden (weil es sich angeblich um Islamisten, MNLA-Rebellen oder Kollaborateure gehandelt haben soll), wobei auch hier noch nicht geklärt ist, inwieweit diese Taten auf das Konto der malischen Armee, paramilitärischer Milizen oder lokaler Mobs gehen. Viertens, dass es an vielen Orten – unter anderem in Gao und Tombuktu – zu Plünderungen und Übergriffen gegenüber Tuareg und arabischstämmigen Maliern gekommen ist, auch hier oftmals unter dem Vorwand der Kollaboration. Und fünftens, dass aufgrund dessen seit Ende Januar 2013 Tausende Menschen geflohen sind, die meisten aus Angst vor Übergriffen, insbesondere seitens der malischen Armee.

Grundsätzlich dürfte es sich von selbst verstehen, dass keines dieser Vorkommnisse irgendwelche Übergriffe rechtfertigt. Und das um so mehr, als die Erfahrungen des letztmalig 1994 massiv eskalierten Konflikts bis heute auf allen Seiten Teil des kollektiven Gedächtnisses sind und daher die Gefahr eines ethnisch aufgeladenen Konflikts durchaus gegeben ist – auch wenn viele schwarze MalierInnen ausdrücklich dagegenhalten, beispielsweise der Bürgermeister von Tombuktu, der meinte: «Ich bin Peul, kann aber nicht ohne Araber und Tuareg leben.» Insofern erscheinen einseitige Parteinahmen in diesem Konflikt mehr als unangebracht. Passender ist es vielmehr, all jene Akteure zu unterstützen (und vieles spricht dafür, dass sie die Mehrheit der Menschen in Mali repräsentieren), die sich um Dialog und Interessenausgleich bemühen. Zu diesen Akteuren gehören unter anderen auch die AktivistInnen des «Weißen Marsches», ein Bündnis, das im November 2012 von der malischen Sektion von Afrique-Europe-Interact initiiert wurde.<sup>3</sup> Als Schlüssel zu einem nachhaltigen Frieden betrachten seine ProtagonistInnen die Eröffnung eines doppelten Dialogs: Zunächst mit jenen Teilen der Tuareg-Bevölkerung aus dem Norden, die sich weder durch die islamistische Ansar Dine noch die laizistische MNLA vertreten sehen. Nur so könnten die Islamisten sozial und politisch endgültig marginalisiert und ihre schrittweise Entmachtung erreicht werden, während gleichzeitig ein echter Versöhnungsprozess zwischen Tuareg und malischer Gesellschaft beginnen würde. An dieser Stelle sei explizit darauf hingewiesen, dass es diesbezüglich ausgehend von der berühmten «Waffenverbrennung von Timbuktu» – der «flamme de la paix» (1996) – bereits wichtige Erfahrungen in der jüngeren Vergangenheit gibt. Insofern richtet sich der «Weiße Marsch» auch an die gesamte Bevölkerung, schlicht aus der Einschätzung heraus, dass es letztlich nur zu einer langfristigen Verständigung kommen kann, wenn alle Gruppen buchstäblich an einem Tisch sitzen, weshalb, so die Quintessenz, zwischen frie-

ensorientiertem Dialog im Norden und den *concertations nationales* eine Art Wahlverwandtschaft existiert.

### WAS NOCH DISKUTIERT WERDEN MÜSSTE ...

Die aktuelle Situation in Mali ist äußerst komplex, insofern sei abschließend zumindest ein kurzer Überblick über all jene Aspekte gegeben, die im vorliegenden Standpunkte-Papier aus Platzgründen nicht zur Sprache gekommen sind:

*Erstens*, dass die Eskalation in Mali als unmittelbare Spätfolge der Ereignisse in Libyen (inklusive NATO-Intervention) zu betrachten ist, insbesondere der fatalen Freisetzung jener Waffenarsenale, die Gaddafi unter anderem aufgrund der verhängnisvollen Geschäftemacherei mit europäischen Firmen anhäufen konnte. *Zweitens*, dass Frankreich zwar nachträglich grünes Licht vom Sicherheitsrat erhalten hat, die Intervention allerdings nicht vom ursprünglichen UN-Beschluss gedeckt war. *Drittens*, dass das Emirat Katar sowie Saudi-Arabien als wichtige Geldgeber für die Islamisten im Norden Malis fungieren, gleichzeitig aber eng mit dem Westen beziehungsweise der NATO in zentralen geostrategischen Belangen zusammenarbeiten und obendrein nicht mehr wegzudenkende Finanzinvestoren in Europa sind – wie etwa Katar in Frankreich. *Viertens*, dass die Vorgänge in Mali gezeigt haben, inwiefern gerade mal 3.000 Rebellen ein Land mit 15 Millionen EinwohnerInnen unter der Voraussetzung in den Abgrund treiben können, dass dieses nicht über eine funktionierende Armee verfügt. Insofern drängt sich auch aus antimilitaristischer Perspektive die Frage auf, wie mit dem von sämtlichen politischen Akteuren in Mali geforderten Recht auf militärische Selbstverteidigung politisch zu verfahren ist. *Fünftens*, dass große Teile der malischen Bevölkerung die Intervention aus durchaus nachvollziehbaren Gründen begrüßt haben – ein Umstand, der bei aller Kritik an der französischen Militärintervention nicht ausgeblendet, sondern in der politischen Arbeit hierzulande ausdrücklich berücksichtigt werden sollte.

Afrique-Europe-Interact ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind BasisaktivistInnen vor allem aus Mali, Togo, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, MigrantInnen und Abgeschobene. Der kontinuierlichen Austausch mit AktivistInnen vor Ort ermöglicht es, die Situation in Mali stets auch durch die Brille der malischen Zivilgesellschaft zu betrachten und somit einige der in Europa fast zwangsläufigen Verkürzungen, Irrtümer, Projektionen und eurozentristischen Sichtweisen zu vermeiden oder zumindest klein zu halten. Weitere Informationen unter [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net).

<sup>3</sup> Wegen der Militärintervention und des derzeitigen Ausnahmezustandes musste der geplante Marsch von Mopti nach Douentza um sechs bis acht Wochen verschoben werden.

---

### IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: Februar 2013  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling